

ENZENSBERGERS PANOPTIKUM

# Armer Orwell!

Sechste und letzte Lieferung: Warum wir Bürger uns freiwillig überwachen lassen

Von Hans Magnus Enzensberger

**E**in weitblickender Mann, dieser Eric Blair, besser bekannt unter dem Pseudonym George Orwell. Er kannte sich aus mit totalitären Regimes, lange bevor dieser Begriff in die Sprache der Historiker einging. Den Antagonismus der Supermächte und den Kalten Krieg sah er bereits kommen, als sich Stalin, Churchill und Roosevelt 1943 in Teheran trafen.

Ein paar Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichte er seinen berühmten Roman „1984“. Die Zukunft, die Orwell heraufziehen sah, gefiel ihm nicht. Er malte das Panorama einer Schreckensherrschaft an die Wand, die mitten in Europa die Ideologien und Methoden Stalins und Hitlers in absehbarer Zeit perfektionieren würde: mit einer Einheitspartei, angeführt von einem „Großen Bruder“; einer Sprachregelung namens „Neusprech“, um alle Wortbedeutungen auf den Kopf zu stellen; mit der Abschaffung der Privatsphäre; mit der totalen Überwachung, Umerziehung und Gehirnwäsche aller Einwohner und mit einer allmächtigen Geheimpolizei, deren Aufgabe es wäre, jede oppositionelle Regung mit Folter, KZ-Haft und Mord im Keim zu ersticken.

Mit dieser Prophezeiung hat George Orwell zum Glück sich und uns, wenigstens was unseren Teil des Globus betrifft, gründlich getäuscht. Nicht im Traum wäre ihm eingefallen, dass sich manche dieser Ziele, vor allem die Überwachung aller Bürger, auch ohne Gewaltanwendung erreichen lassen; dass es dazu keiner Diktatur bedarf; dass auch eine Demokratie in der Lage ist, sie auf zivile, um nicht zu sagen pazifistische Weise durchzusetzen.

Wie das gelingen könnte, darüber hat sich ein junger Franzose vor mehr als vier Jahrhunderten in seiner Abhandlung über die freiwillige Knechtschaft bereits Gedanken gemacht. Étienne de la Boétie, so hieß er, begnügte sich nicht damit, die absoluten Herrscher seiner Zeit an den Pranger zu stellen. Er redete vor allem denen ins Gewissen, die sich mit der Tyrannei arrangierten: „Die Völker sind es selbst“, sagte er, „die sich quälen lassen, oder vielmehr, die sich selber quälen, denn würden sie Schluss machen mit dem Dienen, so wären sie frei davon. Das Volk unterwirft sich selbst, es willigt in sein Elend ein oder jagt ihm vielmehr nach ... Kein Vogel geht so schnell auf die Leimrute und kein Fisch lässt sich durch einen Wurm so rasch an die Angel ködern, wie sich ein Volk durch die Knechtschaft locken lässt, sobald man ihm nur Honig ums Maul schmiert.“

Aber längst hat man es nicht mehr mit dem einzigen, persönlich greifbaren und angreifbaren Monarchen zu tun, gegen den Étienne de la Boétie aufbegehrte. Kein Großer Bruder wie bei Orwell ist es, der uns beherrscht, sondern vielmehr ein System, wie es Max Weber in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts beschrieben hat:

„Die bürokratische Organisation mit ihrer Spezialisierung der geschulten Facharbeit, ihrer Abgrenzung der Kompetenzen, ihren Reglements und hierarchisch abgestuften Gehorsamsverhältnissen (ist) im Verein mit der toten Maschine an der Arbeit, das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft herzustellen, in welche vielleicht dereinst die Menschen sich, wie die Fellachen im alt-ägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden, wenn ihnen eine rein technisch gute und das heißt: eine rationale Beamtenverwaltung und -versorgung der letzte und einzige Wert ist, der über die Art der Leitung ihrer Angelegenheiten entscheiden soll. Denn das leistet die Bürokratie ganz unvergleichlich viel besser als jegliche andere Struktur der Herrschaft.“

„Stahlhart“ nannte Weber das Gehäuse der Hörigkeit, doch damit hat selbst dieser hellsichtige Denker sich verschätzt.

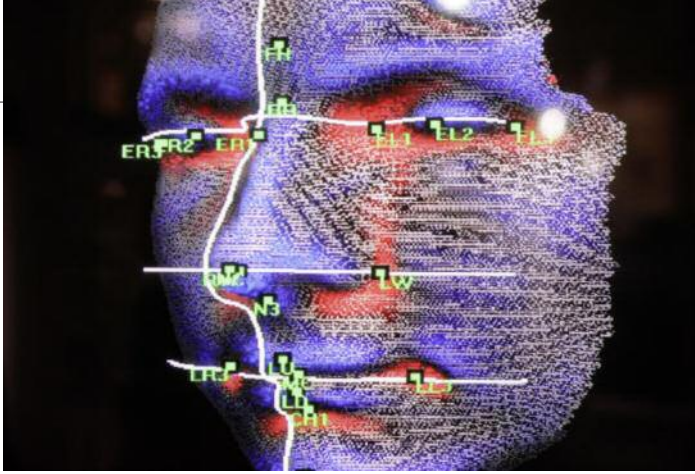
Denn das Verlies hat sich inzwischen in eine verhältnismäßig komfortable Behausung verwandelt, die eher an eine große, elastische Gummizelle erinnert. Unsere Wärter kommen auf leisen Sohlen daher. Ihre wichtigsten strategischen Ziele, die lückenlose Überwachung und die Abschaffung der Privatsphäre, verfolgen sie möglichst geräuschlos. Nur wenn es gar nicht anders geht, greifen sie zum Knüppel. Sie bleiben am liebsten anonym, tragen keine Uniform, sondern Anzug, nennen sich Manager oder Kommissar und verrichten ihre Aufgaben nicht in der Kaserne, sondern in klimatisierten Büros. Bei ihrer Arbeit geben sie sich durchaus menschenfreundlich. Den Insassen bieten sie Sicherheit, Betreuung, Komfort und Konsum. Dabei können sie sich auf die stillschweigende Zustimmung der Bewohner und darauf verlassen, dass ihre Schützlinge eifrig eine unsichtbare Taste drücken, auf der „Gefällt mir“ steht.

Noch in einem anderen Punkt mutet Webers Analyse heute anachronistisch an. Sein treuherziger Glauben an die Fähigkeiten und die Durchsetzungskraft des Staates ist uns vergangen. Nicht nur, weil die globalen Finanzmärkte ihn vor sich hertreiben. Weder Berlin und Brüssel noch Washington wären, auf sich allein gestellt, in der Lage, die vollständige Kontrolle der Bevölkerung zu garantieren. Für diese Aufgabe sind ihre Beamten einfach zu hilflos und zu ungeschickt. Auch mit dem Stand der Technik sind sie nicht hinreichend vertraut. Deshalb sind die Behörden auf die „Wirtschaft“, und das heißt auf die weltweit operierenden Konzerne der IT-Industrie angewiesen. Nur wenn beide Seiten, Regierungen und Firmen wie Google, Microsoft, Apple, Amazon und Facebook, Hand in Hand arbeiten, verspricht der Zangengriff auf die Freiheit durchgreifende Erfolge. Es ist klar, dass in dieser fragilen Allianz die politischen Instanzen nur die Rolle eines Juniorpartners spielen; denn allein die Konzerne verfügen über die nötige Expertise, das nötige Kapital und die nötigen Handlanger: Informatiker,



Essayist Enzensberger

BERNHARD HUBER / DER SPIEGEL



HEIKO SPECHT / IMAGETRUST



ROBERT GALBRAITH / REUTERS

### Biometrische Gesichtserkennung

Ingenieure, Software-Entwickler, Hacker, Mathematiker und Kryptografen.

Von den technischen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, haben sich Gestapo, KGB und Stasi im 20. Jahrhundert noch nichts träumen lassen: allgegenwärtige Überwachungskameras, automatisierte Kontrolle des Telefons und der elektronischen Post, hochauflösende Satellitenbilder, detaillierte Bewegungsprofile, biometrische Gesichtserkennung, alle Programme gesteuert durch wunderbare Algorithmen und gesichert auf Datenbanken mit uferloser Speicherkapazität.

Die letzte Regung der Gegenwehr gegen den Eifer der deutschen Behörden und der Konzerne liegt lange zurück und ist fast schon vergessen. 1983, ein Jahr vor Orwells Datum, sorgte eine relativ harmlose Volkszählung für Aufregung. Viele Bürger wandten sich damals an das Verfassungsgericht und hatten mit ihrer Beschwerde Erfolg. Karlsruhe entschied gegen das Vorhaben der Regierung und statuierte sogar ein neues Grundrecht auf „informationelle Selbstbestimmung“ zum Schutz der Persönlichkeit, ein Urteil, das heute naiv erscheint. Niemand hat sich je daran gehalten. Im Cyberkrieg gegen die Bevölkerung haben die machtlosen Datenschützer längst das Handtuch geworfen.

Recht behalten hat George Orwell, was die geltenden Sprachregelungen angeht. Sein „Neusprech“ ist zum offiziellen Soziolekt geworden. Den sogenannten Diensten missfällt die Verfassung. Sie von Computerkriminellen zu unterscheiden fällt schwer. Die neue „Gesundheitskarte“ ist in Wirklichkeit eine elektronische Krankenakte, die einzusehen keinem Hacker schwerfallen dürfte, und die „sozialen Netzwerke“ machen sich den Exhibitionismus ihrer Anhänger zunutze, um sie gnadenlos auszubeuten.

Ein letztes störendes Residuum der Privatsphäre stellt das Bargeld dar. Es ist nur logisch, dass der Staat, Hand in Hand mit den Konzernen, sich zielbewusst um seine Abschaffung bemüht. Dazu dienen die proliferierenden Kredit- und Kundenkarten. Weitere chip- und funkgesteuerte Bezahlungssysteme stehen kurz vor dem Einsatz. Was damit erreicht werden soll, liegt auf der Hand: die möglichst vollständige Überwachung sämtlicher Transaktionen. Daran ist der Fiskus ebenso interessiert wie die asozialen Netzwerke, der Online-Handel, die Kreditwirtschaft, die Werbung und die Polizei. Nebenbei soll auch jede Erinnerung an die Materialität des Geldes getilgt werden, so dass es zu einem beliebig manipulierbaren Datensatz schrumpft.

Nur der Vollständigkeit halber empfiehlt sich ein Blick auf einen medialen Nebenschauplatz, nämlich den Versuch, das Urheberrecht abzuschaffen. Dabei handelt es sich um eine späte Errungenschaft aus dem 19. Jahrhundert. Bis dahin war das Lesen von Büchern das Privileg einer kleinen Minderheit

### „Gefällt mir“-Symbol vor der Facebook-Zentrale in Kalifornien

geblieben. Nun auf einmal wurde der Roman zum Massengeschäft. Die Schriftsteller erkannten, dass sich mit der Literatur sogar richtig Geld verdienen ließ, da sie nun auch an Auflagen und Übersetzungen beteiligt wurden. Ihre Freude währte leider nur kurz. Heute gilt der Buchdruck, der inzwischen Print heißt, den führenden Konzernen als Auslaufmodell. Dementsprechend betrachten sie, unter dem Jubel der digitalen Avantgarden, das Copyright als Hindernis. Den fröhlichen Piraten kommt es ohnehin absurd vor, für das, was die IT-Industrie Content nennt, zu zahlen. Die früher sogenannten Urheber haben künftig umsonst zu arbeiten; dafür dürfen sie aber nach Herzenslust twittern, chatten und bloggen.

Niemanden scheint es zu stören, dass die Halbwertszeit der verfügbaren Technik, dem Geschäftszyklus der IT-Konzerne entsprechend, bei drei bis fünf Jahren liegt. Während ein Text auf Pergament oder säurefreiem Papier auch nach 500 bis 1000 Jahren noch einwandfrei zugänglich ist, müssen elektronische Medien häufig überspielt werden, wenn sie nicht nach ein oder zwei Dekaden unlesbar sein sollen. Das ist natürlich ganz im Sinne ihrer Erfinder.

Die Abschaffung des gedruckten Buchs ist keine ganz neue Idee. Sie wurde schon vor geraumer Zeit angekündigt. Es war Ray Bradbury, der sie 1953 in seinem Bestseller (!) „Fahrenheit 451“ beschrieben und bis zur letzten Konsequenz ausgemalt hat. In seiner utopischen Erzählung gilt

der Besitz eines Buchs sogar als Kapitalverbrechen. Die Zukunftsvisionen der großen Pessimisten neigen zur Übertreibung. Es spricht aber nicht gegen, sondern für sie, dass man sie widerlegen kann. Das gilt für Bradbury ebenso wie für Orwell oder Max Weber. Hinterher klüger zu sein ist wahrlich keine Kunst.

Unvermeidlich wie das Amen in der Kirche bleibt bei jeder düsteren Prognose die Frage, wo denn das Positive bleibe. Sie ist leicht zu beantworten. Überaus erfreulich ist es festzustellen, dass bislang alles, was unsere freiwillige Knechtschaft herbeiführt, auf unblutige Weise durchgesetzt worden ist. Die verbleibenden „Überreste der Vergangenheit“ sind keineswegs, wie Lenin es in Russland vorgemacht hat, liquidiert worden. Der Grund dafür ist einleuchtend. Die tolerante Haltung unserer Aufseher beruht auf einer schlichten Kosten-Nutzen-Rechnung. Der Aufwand für das Aufspüren der letzten Widerspenstigen steigt nämlich ins Aschgraue, je näher man dem Idealzustand kommt. Man gibt sich deshalb mit einer 95-prozentigen Überwachung zufrieden. Es wäre zu aufwendig, eine kleine, aber zähe Minorität zu entfernen, die sich aus purem Eigensinn gegen die Verheißungen des digitalen Zeitalters sträubt. Fünf Prozent, das sind immerhin über vier Millionen Leute. Also: Nur keine Panik! Auch in Zukunft wird jeder, der es nicht lassen kann, relativ unbeachtet, sorglos und analog essen und trinken, lieben und hassen, schlafen und lesen können. ◆

„Es spricht für Pessimisten, nicht gegen sie, dass man sie widerlegen kann.“